

Positionspapier: Energiepolitik

Wir sind für den geordneten Ausstieg aus der Atomkraft und unterstützen die Strategie des Bundesrates[1]. Es soll auf alternative Energiegewinnung gesetzt werden. Auf nationaler Ebene muss eine Lösung zur Tieflagerung des in der Schweiz produzierten Atommülls gefunden werden. Grundsätzlich soll auf erneuerbare, umweltfreundliche und dezentrale Energiegewinnung gesetzt werden. Wir fordern eine transparente und nachhaltige Energiepolitik.

Atomausstieg

Forderungen:

- Auf den Bau neuer Atomkraftwerke ist zu verzichten.
- Es werden keine Laufzeitverlängerungen bewilligt.
- Geldflüsse, Dokumente und Informationen müssen der Bevölkerung transparent zur Verfügung gestellt werden.
- Auf den Import von Atomstrom ist zu verzichten.

Es gibt viele Gründe, die gegen eine weitere Verfolgung der Stromproduktion durch Kernspaltung sprechen - ganz unabhängig von der Frage, ob Kernkraftwerke überhaupt sicher sind oder nicht.

Insbesondere stört uns der Filz in der Atomstromindustrie. Er ist einer modernen, fortschrittlichen Demokratie unwürdig. Transparenz würde Klarheit schaffen; wir fordern deshalb die Offenlegung aller relevanten Geldflüsse, Dokumente und Informationen sowie eine aufrichtige Kommunikation mit der Bevölkerung. Es muss klar sein, wer mit wem verhandelt ist und es muss auch klar sein, wie genau die Steuergelder eingesetzt werden.

Auch ist es alles andere als nachhaltig, Abfälle zu produzieren, die in hohem Masse gesundheitsgefährdend sind und während Tausenden von Jahren sicher gelagert werden müssen. Dass das Ganze auch noch auf dem Rücken zukünftiger Generationen ausgetragen wird, lässt nur einen Schluss zu: Es müssen Alternativen her.

Alternative Energien

Forderungen:

- Die Erforschung, Entwicklung und Nutzung alternativer Technologien muss gefördert werden.
- Keine Rabatte für Grossabnehmer.

- Effizienzsteigerung soll gefördert und belohnt werden.

Natürlich ist ein Umstieg auf alternative Energien nicht gratis. Unser Vorschlag ist deshalb, die Kosten gemeinsam zu tragen und im Kanton Bern eine stufenweise Erhöhung der Atomstrompreise durchzuführen. Die dadurch gewonnenen Gelder sollen zugunsten der Förderung erneuerbarer Energien eingesetzt werden.

Es ist klar, dass sich die Stromkonzerne gegen solche Lösungen sträuben. Sie verlieren schlussendlich Macht und Geld. Deshalb liegt es an der Politik, hier eine klare Richtung und klare Grenzen vorzugeben. Das gilt auch für den Betrieb der Kraftwerke über die ursprünglich angedachte Lebensdauer hinaus.

Virtuelle Kraftwerke

Forderungen:

- Der Kanton Bern fördert und unterstützt die Einrichtung virtueller Kraftwerke
- Er wird mit diesem Projekt bei anderen Kantonen und dem Bund vorstellig.

Virtuelle Kraftwerke sind eine Möglichkeit, Strom ins Netz einzuspeisen. Durch ein computergesteuertes System werden Stromgrossbezügler untereinander vernetzt. Der Strom, der durch kurzzeitig nicht benutzte Motoren, Pumpen oder Kühlaggregate frei wird, kann anderen Strombezügern geliefert werden, die gerade einen höheren Bedarf haben. So lassen sich Lastspitzen brechen, die sonst durch ein konventionelles Kraftwerk produziert werden müssten. Wir erachten dies als einen sinnvollen Einsatz moderner Technologien um die Effizienz vorhandener Infrastruktur zu erhöhen.

Die Rolle des Kantons

Die Piratenpartei Bern setzt sich für eine nachhaltige Entwicklung der Schweiz ein. Sie will, dass der Kanton Bern eine aktive Rolle in Sachen Ausstieg aus der Kernkraft, hin zu erneuerbaren Energien übernimmt. Wir wollen für die ganze Schweiz ein Vorbild sein und Bundesbern unterstützen.

[1] Energiestrategie 2050: Umsetzung des Ausstiegs:
<http://www.drs.ch/www/de/drs/tagesthema/272551/vorschlaege-fuer-den-atomausstieg/der-einstieg-in-den-atomausstieg/345257.79321.335056.energiestrategie-2050-umsetzung-des-ausstiegs.html>